



Zunächst haben die linksradikalen Sozialisten Spaniens alles getan um das Land an den Rand des Bankrotts zu regieren, bis sie schließlich abgewählt wurden. Ihre aggressive Rhetorik und den Kampfgeist, der an den spanischen Bürgerkrieg erinnert, haben sie gleichwohl nicht verloren. Im Gegenteil, wollen sie jetzt Steuern auf Kirchen erheben.

Die Linkssozialisten von der PSOE haben am Montag in allen Gemeinden des Landes Anträge für eine Erhebung der Immobiliengrundsteuer für die katholische Kirche gestellt.

Auf Grundlage spanischer Finanzgesetze und der Verträge von 1979 und 1998 zwischen Spanien und dem Heiligen Stuhl ist die Kirche von dieser Grundsteuer befreit.

Zur Überwindung der gegenwärtigen, von den Radikalsozialisten mitverschuldeten Finanzkrise müsse „Schluss sein mit den Privilegien für die Kirche“, hieß es zur Begründung für den Vorstoß. Ihre eigenen Privilegien und die Korruption werden natürlich als selbstverständlich angesehen.

Der sozialistische Oppositionsführer Alfredo Perez Rubalcaba erklärte gnädiger Weise, Kirchengebäude sollten weiterhin von der Steuer verschont bleiben. „Eine andere Geschichte aber sind die Parkhäuser neben der Kathedrale, mit denen die Kirche Geld verdient“, so Perez Rubalcaba.

Weiterhin fordern die Sozialisten, die Auszahlung der Kirchensteuer um 20 Prozent zu kürzen. Auch die Kirche solle „größere Beiträge zur Überwindung der Finanzkrise“ leisten. Die Kirche ist freilich in keiner Weise an der Finanzkrise schuld, allerdings sind es diejenigen in ganz erheblichem Maße, die jetzt allen anderen wieder das Geld aus der Tasche ziehen wollen: Die Enteigner bei den Sozis. Denn dies ist bekanntlich das Einzige, worin die Linken aller Länder hervorragende Leistungen erbringen: Anderen das Geld zu stehlen (natürlich ein unschönes Wort für Steuerwucher) und es umzuverteilen, zuerst natürlich in die eigene Tasche.